

## **Interpellation Fraktion SVP (Rudolf Friedli, SVP): Verbilligte Velostationsabonnemente als Wahlgewchenke?**

Die Gemeinderätinnen Ursula Wyss und Franziska Teuscher haben am 2. März 2016 die neue Velostation Schanzenpost eröffnet: Sie hat 1000 Abstellplätze, 20 Aufladestationen für E-Bikes und zahlreiche Schliessfächer. Dort arbeiten zufolge der Gratiszeitung 20 Minuten nicht weniger als 20 Langzeitarbeitslose als auch fünf bis zehn Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene. Die Velostation schreibt so wohl keine schwarzen Zahlen. Ob sie dies muss oder nicht, kann offen bleiben.

Nicht offen bleiben kann aber, was am 3. März 2016 in der Gratiszeitung 20 Minuten stand: Die ersten 500 Jahresabonnemente für die Velostation Schanzenpost gebe es zum halben Preis. Ein Jahresabonnement kostet 150 Franken. Wenn 500 davon nur die Hälfte kosten, entgehen der Velostation Einnahmen von fast 40'000 Franken.

Frau Wyss rechtfertigt sich, auch bei grosser Nachfrage von Abstellplätzen habe ein neues Angebot immer eine gewisse Anlaufzeit. Die Verbilligung bewege mehr Leute dazu, sich sofort ein solches Abonnement zu kaufen. Dadurch nehme die Stadtkasse trotz der Verbilligung letztlich mehr Geld ein.

Weiter versucht sich Frau Wyss aus der Schusslinie zu nehmen mit dem Hinweis, sie habe die Verbilligung gar nicht entschieden. Diese sei ein Entscheid des Kompetenzzentrum für Arbeit und der Verkehrsplanung gewesen.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zur Frage, ob Frau Wyss überhaupt noch weiss, was in ihrer Direktion vor sich geht, oder ob sie die Verantwortung einfach ab schiebt?
2. Welche Verwaltungsabteilung ist aufgrund welcher genauen Rechtsgrundlagen zuständig, um über einen Einnahmenverzicht von fast 40'000 Franken zu entscheiden?
3. Frau Wyss stellt die grosse Nachfrage nach Veloplätzen nicht in Abrede. Kein Privater senkt in dieser Situation die Preise, sondern er freut sich auf die Einnahmen. Zudem hätte die Stadt rigoros gegen Velo-FalschparkerInnen vorgehen können, um die Leute zum Jahresabonnementskauf zu bewegen, sofern es tatsächlich in den ersten Wochen noch frei Jahresplätze geben sollte. Gegen AutofahrerInnen wäre die Stadt ganz bestimmt rigoros vorgegangen. Sind die 500 Jahresabonnemente – immerhin die Hälfte der Velostationskapazität – also ein Wahlgewchenke, mit dem das RGM-Bündnis Stimmen für sich gewinnen will?
4. Gibt es Berechnungen, wonach die Verbilligung letztlich doch zu mehr Einnahmen als ohne Verbilligung geführt haben soll?
5. Falls Berechnungen bestehen: Können diese aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips in der Kantonsverfassung, das auch für die Stadt Bern gilt, dem Stadtrat in der Interpellationsantwort beigelegt werden?
6. Sofern das Kompetenzzentrum für Arbeit (ist dies eine Verwaltungsabteilung?) oder die Verkehrsplanung (gibt es eine solche Verwaltungsabteilung?) zuständig war: Ist es richtig, wenn diese Organisationseinheiten einfach so auf doch immerhin 40'000 Franken verzichten können, zumal klar ist, dass die Veloplätze wegen der grossen Nachfrage auch alle zum unverbilligten Preis verkauft worden wären?

Bern, 10. März 2016

*Erstunterzeichnende: Rudolf Friedli*

*Mitunterzeichnende: Roger Mischler, Roland Jakob, Alexander Feuz, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Roland Iseli, Kurt Rüeegsegger*